62. Jahrgang No. 326

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 14. Juli 1914

Herrn v. Oldenburgs Schmerzen.

Die „schlappe" Regierung.

Aus **Graudenz** wird uns berichtet:

Der Bund der Landwirte veranstaltete in Kressau in Westpreußen ein Bezirksfommerfest. Festredner war Kammerherr v. Oldenburg-Januschau. In seiner Ansprache führte er unter anderem folgendes aus:

Wenn ich zurückblicke auf die vielen bewegten Jahre meiner politischen Tätigkeit, so würde ich verzagen müssen bei dem Gedanken, die besten Jahre meines Lebens preisgegeben zu haben einem harten Kampf und einer viel angefeindeten Stellung, wenn mein Gewissen mir nicht sagte, daß ich nach menschlicher Schwachheit weiter nichts gewollt und getan habe, als durch alles politische Werk hindurch das Thema zu verkünden: „Gott, König, Vaterland!"

Da komme ich nun auf einen Punkt, an dem wir alle ansetzen müssen im politischen Leben, und bei dem den verbündeten Regierungen der Vorwurf gemacht werden muß, daß sie lange nicht genug ansetzen: nämlich in dem Kampf um die ungeschmälerte Stellung des Königs von Preußen und des Kaisers von Deutschland (!) im Reich. Der Kaiser hat verfassungsmäßig im Reich überhaupt nichts zu sagen. (Dabei hat der Kaiser die ganze Militärgewalt in der Hand, und er kann, ganz allein, über Krieg oder Frieden entscheiden, den Reichstag beliebig oft auflösen usw.) In Preußen ist es allerdings anders, aber bei der momentanen Nachgiebigkeit dem Reichstage gegenüber ist ja eigentlich das Ende abzusehen: daß wir immer mehr in eine parlamentarische Regierung hineingeraten. Es ist

kolossal unverschämt,

wenn Leute, die das Regieren nicht gewöhnt sind, vom Kaiser verlangen, daß er auf seine Rechte verzichtet, zugunsten einer Majorität im Reichstag, die stets schwankend sein wird und die doch, wie man milde ausdrücken kann, stark beeinflußt ist durch die Sozialdemokratie.

Wenn zu mir irgend jemand kommt und sagt: Nun geh' mal hier weg, ich werde deinen Grundbesitz verwalten, dann muß er mindestens den Beweis liefern, daß er es besser macht als ich, sonst schmeiße ich ihn 'raus. Ich bin viele Jahre im Reichstag gewesen. Ich kenne die Strömungen und kenne das Unberechenbare der Strömungen, die dort herrschen. Ich habe immer den Wunsch gehabt, als Abgeordneter nur nicht aus dem Zusammenhang mit meinem Beruf zu kommen. Denn wenn man anfängt, lediglich Parlamentarier zu sein, dann kommt man aus dem Zusammenhang mit den wirklichen Bedürfnissen des Lebens. Und nur so ist es zu erklären, wenn dauernd eine große Anzahl von Gesetzen gemacht werden, in denen sich kein Mensch mehr zurecht finden kann. Ich möchte beispielsweise erwähnen, daß es ein schiefes Bild gibt, wenn man in bezug auf die Krankenkassen Stadt und Land, Fabrik und Gutsbetriebe über einen Kamm schert. Darunter haben die Landwirte nicht unerheblich zu leiden gehabt. Das Gesetz mit seinen zahllosen Paragraphen ist ein unpraktisches Gesetz.

Ich habe neulich den Abgeordneten Erzberger im preußischen Abgeordnetenhause getroffen. Herr Erzberger ist ein sehr kluger und fleißiger Herr, der kolossalen Einfluß im Reichstage hat. Ich sagte ihm: „Hören Sie mal, Sie kluger Mann, der Sie jetzt Führer im Reichstage in der Zentrumspartei und damit der ausschlaggebenden Partei, die positiv arbeitet, sind — in negativer Tätigkeit sind die Sozialdemokraten ausschlaggebend —: Tun Sie mir einen Gefallen, erwerben Sie sich ein unsterbliches Verdienst um unser Vaterland und machen Sie einmal zwei Jahre lang kein Gesetz." Wissen Sie, was er antwortete? Er sagte: „Eigentlich haben Sie recht, und es ist doch sehr schade, daß Sie nicht mehr im Reichstage sitzen, um uns darauf aufmerksam zu machen."

Herr v. Januschau klagte alsdann über die „parteiische" Haltung der Wahlprüfungskommission und meinte:

„Der Strom nach links wir unaufhaltsam breiter, dagegen immer schwächer der Stamm der Monarchie. Wir haben 111 Sozialdemokraten im Reichstag. Das ist noch nicht das schlimmste. Ich habe die Ueberzeugung, wenn man heute noch den Entschluß faßte, mit ihnen zu kämpfen, so würden wir ungeahnte Erfolge haben. Es würden ja zunächst

eine Anzahl von Bomben geworfen

werden, die müßten aber die beteiligten Minister vertragen."

Mit Bezug auf das Attentat in Serajewo führte Oldenburg zum Schluß aus: „Es genügt gar nicht mehr, einen Mörder, wie den in Serajewo bloß aufzuhängen, mit dem muß noch ganz anders verfahren werden. Dann wird man sich mehr in acht nehmen, sich als Märtyrer aufzuspielen."

Alle diese Schmerzen und Klagen des Herrn v. Oldenburg auf Januschau gewinnen dadurch an Interesse, daß man weiß, dieser Kammerherr ist der politisch engste Freund des Kronprinzen, dem die Konservativen unaufhörlich klarzumachen suchen, daß es an dem „starken Mann" fehlt, um das vermeintlich zu Tode getroffene Königtum vor der roten Flut zu retten. Der jetzige Reichskanzler erscheint ihnen als das Gegenteil dieses „starken Mannes". Nun, vielleicht kommt Herr v. Oldenburg auf Januschau selbst über kurz oder lang in die Lage, den „starken Mann" abzugeben.

Der Gesetzentwurf gegen die Verhinderungsmittel. Der Reichstag hatte aus eigener Initiative einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Vertriebes von antikonzeptionellen Mitteln aufgestellt. Durch den Schluß der Tagung ist dieser Entwurf unerledigt geblieben. Inzwischen ist von ärztlicher Seite an den Einzelheiten des Entwurfs mit Recht eine sehr scharfe Kritik geübt worden, und es hat den Anschein, als ob die ursprüngliche Uebereinstimmung in der Stellungnahme aller Parteien zu dieser Frage nicht mehr in ihrem ganzen Umfang besteht. Immerhin darf es als wahrscheinlich gelten, daß der Reichstag in seiner nächsten Tagung auf die Frage zurückkommen und einen neuen Entwurf beschließen wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Reichsregierung nicht, in dieser Angelegenheit aus eigenem Antrieb vorzugehen, nachdem das seinerzeit eingebrachte Kurpfuschereigesetz, in dem die Bekämpfung des Vertriebes antikonzeptioneller Mittel einen wichtigen Teil bildete, nicht die Zustimmung des Reichstages gefunden hat. Falls aber aus der Initiative des Reichstages ein Gesetzentwurf beschlossen würde, der geeignet ist, die Absicht des Kurpfuschereigesetzes auf diesem Gebiet zu erfüllen, würde auf eine Mitwirkung der Reichsregierung sicher zu rechnen sein.

7500 Meter Hochflug.

Ein neuer Höhenweltrekord.

(Privat-Telegramm.)

Leipzig, 14. Juli.

Der Chefpilot der Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig-Lindenthal Oelerich unternahm heute früh einen Angriff auf den Höhenweltrekord und erreichte hierbei eine Höhe von 7500 Metern.

Oelerich stieg gegen 3¾ Uhr auf einem D.-F.-W.-Militärdoppeldecker mit 100 pferdigem Mercedes-Motor auf und erreichte nach ungefähr zweistündigem Fluge die Höhe von 7500 Metern. Beide Barographen zeigten übereinstimmend 7500 Meter, doch wurden die Höhenmesser zur nochmaligen genauen Nachmessung an das physikalische Institut der Universität Leipzig eingesandt. Oelerich hat mit dieser Leistung den erst in der vorigen Woche von dem deutschen Rumpler-Flieger Linnekogel auf dem Johannisthaler Flugplatz aufgestellten Weltrekord von 6600 Metern fast um 1000 Meter überboten.

Die Luft selbst trug sehr gut, und so gelang es Oelerich, in der Zeit von 2 Stunden die Höhe von 7500 Metern zu erreichen. Von 4000 Metern Höhe ab atmete der Flieger Sauerstoff ein, wodurch es ihm möglich war, als erster Mensch mit der Flugmaschine den siebenten Kilometer in der Höhe zu überschreiten. Trotzdem der Motor tadellos funktionierte, gab Oelerich in 7500 Metern Höhe Tiefensteuer und ging im Gleitfluge nieder. Durch die Unsichtigkeit der Luft gelang es dem Flieger nicht, das Flugfeld zu erreichen, und er landete deshalb in der Umgebung von Leipzig bei Lützen.

Heinrich Oelerich, der am 5. Februar 1877 zu Hamme bei Bochum geboren wurde, widmete sich schon in frühester Jugend dem Radsport. Später ging er zum Flugsport über und erlangte am 21. Oktober 1910 auf einem Schulze-Hexford-Eindecker das Pilotenzeugnis. Er machte dann eine Rundreise durch Südamerika, wobei er auch in Rio de Janeiro vor dem Präsidenten von Brasilien Flüge ausführte. Am 5. Juli 1912 schlug er den Weltrekord mit zwei Passagieren, den er mit 2 Stunden und 41 Minuten neu aufstellte.

Geburtenrückgang und Hausbesitz.

Die Buchhalterin ist schuld.

Zu unserem Artikel im gestrigen Abendblatt, der ein Schreiben des Herrn Ernst Lincke wiedergab, schreibt uns Herr Lincke, daß der Brief, den wir gestern veröffentlicht haben und der uns im Original vorliegt, von seiner Buchhalterin geschrieben worden sei. (Der Brief zeigt den ausführlichen Firmenvordruck und den Stempel der Firma.) Also war es die Buchhalterin, die dem Mietslustigen Herrn B. schrieb, die Wohnung könne ihm nicht gegeben werden, da er „zwei Kinder habe und ein drittes schon unterwegs sei".

Weiter schreibt uns Herr Lincke:

Die betreffende Wohnung (1 Stube und Küche) ist zwei Mietern zugesagt worden, der eine Mieter war kinderlos und hat den Vorzug bekommen, was mir niemand verdenken kann. Da wir nun jedem Bescheid zukommen lassen, so wurde auch an Herrn M. B., allerdings, wie ich zugeben muß (den Inhalt des Briefes habe ich erst jetzt erfahren), in ungeschickter Weise, geschrieben.

Daß die Kinder nicht immer bei mir ausschlaggebend sind, beweist, daß in meinem Hause seit langem wohnen: 1 Mieter mit 5 Kindern seit 1. April 1912, 1 Mieter mit 4 Kindern seit 1. September 1911, 1 Mieter mit 3 Kindern seit 1. April 1913, 1 Mieter mit 4 Kindern seit 28. April 1913, 1 Mieter mit 4 Kindern seit 15. Juni 1913 usw. Selbst meine Portierfrau hat einige Kinder.

Immerhin: Auch Herr Lincke gibt zu, in dem Falle, um den es sich hier handelt, dem kinderlosen Ehepaar den Vorzug gegeben zu haben. Wir wollen im öffentlichen Interesse hoffen, daß es nicht allen Mietern mit zwei bis drei Kindern so geht, daß ihnen immer und überall kinderlose Mieter vorgezogen werden. Daß Herr Lincke sonst selbst Mieter mit mehr als zwei oder drei Kindern beherbergt, konstatieren wir nicht ungern.

Zu viel Sport in der Sozialdemokratie!

Auf dem Leipziger Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie klagte Abgeordneter Sindermann sehr lebhaft über die mangelnde Begeisterung der Jugend. Er führte aus:

„Das Bestreben, die Jugend mit besserer Kost zu versehen, hat erhebliche Ausgaben verursacht, und bei diesem Punkte müssen die einzelnen Kreisorganisationen sich fragen, ob die aufgewendeten Kosten durch den Erfolg gerechtfertigt werden.

Es ist oft hervorgehoben worden, daß die jüngeren Genossen sich von den Parteiarbeiten drücken; einzelne Kreise berichten, daß die jugendlichen Genossen die Bestrebungen der Partei nicht so unterstützten, wie man es erwarten sollte. . . Jeder muß es sich zur Ehre rechnen, für die Partei zu arbeiten, und die über 18 Jahre alten Arbeiter müssen sofort der Parteiorganisation zugeführt werden. . . Früher nahmen an den Veranstaltungen der Partei alle Arbeiter teil. Diese Veranstaltungen sind von der Partei auf die Sportvereine übergegangen. An fast allen Orten haben wir Sportvereine in einer Zahl, wie man es kaum für möglich halten sollte. Es soll kein Klagelied darüber angestimmt werden, aber es muß doch betont werden, daß jeder in erster Linie Arbeit für die Partei und Gewerkschaft zu leisten hat. Die Sportvereine sollen keine politische Tätigkeit betreiben, sie sollen die Mitglieder aber auch nicht von der Parteiarbeit abhalten."

Aehnliche Klagen über den mangelnden Nachwuchs sind bereits auch bei anderen Parteien laut geworden.

Ein russischer Major als Spion.

(Privat-Telegramm.)

Königsberg, 14. Juli.

Gestern nachmittag wurde in der Nähe der Feste Boyen bei Lötzen ein russischer Spion verhaftet. Er nahm Vermessungen an den Festungswällen unweit des Rastenburger Tores vor. Beim Verhör gab der Verhaftete an, russischer Major zu sein. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der Prozeß der Frauenbank.

Schwere Angriffe gegen die Frauenbank G. m. b. H. bilden den Gegenstand einer Beleidigungsklage, die heute das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Assessors Seidenschnur beschäftigte. Als Kläger traten die Vorstandsmitglieder der „Frauenbank", Fräulein Anna Hoffmann und Frau Anni v. Wunsch, vertreten von den Rechtsanwälten Dr. Dalen und Dr. Frey, gegen den Börsenschriftsteller Bruno Buchwald auf, der von Rechtsanwalt Dr. Alsberg verteidigt wurde.

Einige Zeit nach Gründung der „Frauenbank" erschien in der „Welt am Montag" ein von dem Beklagten Buchwald verfaßter Artikel, der eine Art Warnruf vor der Beteiligung an der Bank darstellte. Es wurde u. a. gesagt, daß das größte Mißtrauen gegen die Frauenbank am Platze sei, da schon die Angabe, daß die Bank mit einem Kapital von einer Million Mark arbeite, unwahr sei. Es seien auch die Haftsummen, die doch nur im Falle eines Konkurses herangezogen werden, als „Kapital" angeführt worden. Die angeblichen Gewinne der Bank ständen lediglich auf dem Papier, und zwar werden, um die „Gewinne" zu erzielen, folgende, rein kaufmännisch als

Bilanzverschleierung

zu bezeichnenden Manipulationen vorgenommen: Die Bank erwerbe mit einem erheblichen Damno zweitstellige Hypotheken und setzte dann diese nicht etwa mit dem Ankaufspreise, sondern zu dem Nominalwerte unter Rubrik „Börsenfähige Effekten und Wertpapiere" in ihre Bilanz ein. Die Mitglieder würden hierdurch

in einen schweren Irrtum versetzt

und es müsse mit aller Entschiedenheit vor dem Institut gewarnt werden; nicht zuletzt im Interesse der Frauenbewegung selbst, die durch solche Manipulationen diskreditiert werden könne.

In einem anderen Artikel wird gesagt, daß sich die Frauenbank zu

„Hypothekenschiebungen schlimmster Art"

hergebe und über kurz oder lang die Staatsanwaltschaft in die Lage kommen werde, diese Geschäftsführung nachzuprüfen, da die Zahl derer, die behaupten, von der Frauenbank auf das empfindlichste geschädigt zu sein, schon ziemlich groß sei.

Auf eine von der Frauenbank veranlaßte Berichtigung erklärte Buchwald in einem weiteren Artikel, daß es natürlich sehr leicht sei, die von ihm behaupteten Tatsachen als „unwahr" zu bezeichnen, ohne Gegenbeweise zu liefern, während man im Gegenteil die Tatsachen in geradezu unerhörter Weise verdrehe.

Von der Frauenbank wurde nunmehr gegen Buchwald eine einstweilige Verfügung herausgebracht, nach der ihm verboten wurde, weitere Artikel über die Frauenbank zu veröffentlichen, für jeden Uebertretungsfall wurde eine fiskalische Strafe von 1000 Mark festgesetzt. Das Gericht habe, wie der Kläger dann in einem weiteren Artikel sagt, diesen Angriff auf die Preßfreiheit abgewiesen. Das Amtsgericht habe anscheinend nicht erkannt, ein wie großer Schaden angerichtet werden könne, wenn eine Zeitung verhindert werde, auf Grund einwandfreien Materials unkundige Frauen, Witwen und Waisen, vor dem Verlust ihres Vermögens zu bewahren, denn der Zusammenbruch der Frauenbank müsse in kurzer Zeit erfolgen. Bezeichnend sei, daß das Kaufmannsgericht am 15. Mai gegen die Frauenbank

eine einstweilige Verfügung

erlassen habe, 17 000 Mark Wertpapiere herauszugeben und der Gerichtsvollzieher nach dreistündiger Durchsuchung die Papiere nicht gefunden habe, die Bank auch trotz richterlichen Beschlusses jede Auskunft verweigere. Mehrere höhere Angestellte der Bank seien schleunigst mit der Begründung ausgetreten, daß sie keine Luft hätten, mit den Vorstandsdamen die Anklagebank in Moabit zu zieren. Schließlich veröffentlichte der Kläger auch verschiedene Urteile gegen die Frauenbank, aus denen, nach seiner Ansicht, hervorgehe, daß die Bank arglistig gehandelt habe. Schließlich wird auch noch auf einen im „Plutus" veröffentlichten Brief der Bank an eine Dame hingewiesen, der eine strafbare Verleitung zu Börsengeschäften darstelle.

Von der klägerischen Partei wird demgegenüber behauptet, daß die sämtlichen Vorwürfe unwahr seien; es handele sich um eine von vier früheren, im Unfrieden mit der Bank geschiedene Angestellte ausgehende systematische Hetze. Bei diesem Kesseltreiben gegen die Frauenbank spiele

Rachsucht und Verrat

die Hauptrolle, und das Verhalten der Gegner sei recht häßlich, da mit Hilfe von anonymen Zuschriften und Schmähbriefen ein gemeinnützig wirkendes Institut diskreditiert werden sollte.

*

In der heutigen Verhandlung erklärte Rechtsanwalt Dr. Alsberg namens des Beklagten, daß für die in den Artikeln behaupteten Tatsachen der volle Wahrheitsbeweis angetreten werden solle; insbesondere solle der Beweis dafür erbracht werden, daß sich die Frauenbank einer schweren Bilanzverschleierung schuldig gemacht habe.

Vom Rechtsanwalt Dr. Frey wurde demgegenüber erklärt, daß die Bank selbst das größte Interesse an einer vollständigen Aufklärung der Verhältnisse habe und deshalb dem Wahrheitsbeweise mit aller Ruhe entgegensehe.

Nach längeren Erklärungen der Vertreter der Parteien beschloß das Gericht, die Sache zu vertagen. Zu dem neuen Termin sollen die zu heute geladenen Zeugen und ferner als Sachverständiger Professor Krüger, Generalanwalt der Deutschen Genossenschaftsbanken, geladen werden, eventuell soll auch noch ein von der klägerischen Partei namhaft zu machender Sachverständiger geladen werden. Den Parteien wird aufgegeben, die einzelnen Beweise

und Gegenbeweise möglichst präzisiert dem Gericht zu überreichen.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen.

(Telegraphischer Bericht.)

Darmstadt, 14. Juli.

Der Ortskrankenkassentag, der heute seine Beratungen fortsetzte, ist beschickt von 211 Krankenkassen und 14 Verbänden durch 468 Vertreter. Davon sind 145 Arbeitgebervertreter, 202 Arbeitnehmervertreter und 121 Kassenangestellte. Ueber die

Entwicklung des Kassenbeamtenrechts

seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung sprach Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal. Die zur Ausführung der Reichsversicherungsordnung berufenen Behörden, in erster Reihe die preußische Regierung, bieten alles auf, um die Freiheit der Krankenkassen und die staatsbürgerlichen Rechte der Angestellten einzuschnüren. Das versucht man vor allen Dingen auf dem Wege des durch die Dienstordnung für Krankenkassen vorgeschriebenen Genehmigungsverfahrens, indem man Prüfungsordnungen und Prüfungsausschüsse hineinzubringen versucht, durch die das Angestelltenrecht der Kassenvorstände ausgeschaltet werden kann. Man steht im Begriffe, durch Landesverordnungen und Landesgesetze allen mit Anrecht auf Ruhegehalt Angestellten

die Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten

zu übertragen. Dadurch werden diese Angestellten der Disziplinargewalt der Krankenkassenvorstände entzogen und derjenigen der Staatsbehörden und vor allem des Landrats überantwortet. Sie werden zum Treueid verpflichtet, aber sie sollen, wenn sie sich durch ihr Verhalten in und außer ihrem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens unwürdig zeigen, mit Dienstentlassung bestraft werden. Die Disziplinarordnung der Beamten in Preußen enthält unter anderem auch noch die Möglichkeit von Arreststrafen. (Hört, hört!) Die Gefahren dieser Bestimmungen sind außerordentlich groß. Jede staatsbürgerliche Freiheit kann auf diese Weise unterbunden werden. Was ist nicht alles unter der Voraussetzung des Ansehens, der Achtung und des Vertrauens unter einer geschickten, vielfach geflügelten Rechtsauslegung gemacht worden! Es ist ein Irrtum derjenigen Verbände, die diese Entwickelung des Beamtenrechts begrüßt haben, weil sie der Meinung waren, daß dieses Vorgehen sich gegen sozialdemokratische Angestellte richte. Die Entwickelung der letzten sechzig Jahre zeigt, wie diese Auslegung

gegen jede unbequeme politische und religiöse Richtung

der Angestellten angewendet wird. Erinnert sei nur an den Fall des Bürgermeisters Schücking. (Sehr richtig!) Nicht nur für sozialdemokratisch, sondern für alle freiheitlich gesinnten Angestellten bedeuten diese Bestimmungen eine große Gefahr. Das Vorgehen Preußens widerspricht dem Geiste des § 354 der Reichsversicherungsordnung, der den Angestellten das Recht der freien religiösen und politischen Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinigungsrechtes gewährleistet.

Es wird sich nun fragen, in welcher Weise die Krankenkassen und ihre Angestellten diesen Schlag Preußens, dem jedenfalls auch andere Bundesstaaten bald nachfolgen werden, parieren können. Es kann nur empfohlen werden, künftig kein Anrecht auf Ruhegehalt mehr zu gewähren. Es sollte oder den Angestellten das Recht eingeräumt werden, zwischen einer Anstellung mit dem Recht auf Ruhegehalt und einer Anstellung ohne dieses Recht, aber mit einer Gehaltszulage, wählen zu dürfen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt. Dazu gehört auf alle Fälle die Pflicht des Angestellten, einer öffentlichen oder privaten Pensionsanstalt beizutreten, wenn dazu die Krankenkasse einen Beitrag zu leisten verbunden wäre.

Auf diesem Wege würde auch das Erfordernis der Genehmigung des Oberversicherungsamtes bei jeder einzelnen Anstellung ausgeschaltet werden. Dieses Erfordernis kann von vornherein die Anstellung jedes politisch Mißliebigen verhindern. Im Interesse des sozialen Friedens ist es außerordentlich zu bedauern, daß Preußen wieder einmal an der Spitze des sozialen Rückschritts marschiert. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist bedauerlich, daß ein Teil der Angestellten den Brotkorb höher schätzt als die politische Freiheit. (Sehr richtig!) Es gibt kein Gebiet der öffentlichen Betätigung, das der Freiheit nötiger bedürfte, als das Gebiet der Beamtenanstellung. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kommen sonst zu einer Untertänigkeit und Hörigkeit, und dagegen wollen wir lebhaft unsere Stimme erheben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Besprechung über dieses Referat wurde einstweilen zurückgestellt. Es folgte zunächst ein Vortrag des Professors Dr. Herxheimer von der Frankfurter Hautklinik über die

Salvarsanbehandlung der Syphilis.

In 4 Jahren 2 Monaten sind in der Frankfurter Hautklinik 11 500 Patienten mit Salvarsan behandelt worden. Für den Fachmann steht die Bedeutung des Salvarsans längst fest. In neuerer Zeit ist viel von den Nebenerscheinungen der Salvarsanbehandlung die Rede gewesen. Unter den 11 500 Frankfurter Fällen sind nur einige wenige vorübergehende Lähmungserscheinungen aufgetreten, wie sie bei jeder Quecksilberbehandlung, der organischen Arsenbehandlung usw. vorkommen. Todesfälle, Erblindungen oder Erlaubungen sind nicht beobachtet worden. Nun sollen aber Todesfälle anderwärts vorgekommen sein. Der Assistent der Straßburger Klinik hat aus der Weltliteratur 274 Todesfälle zusammengestellt; die erste Kritik hat aber nur 7 bis 8 anerkannt. Das ist nicht viel, denn man muß bedenken, daß bei der Anwendung der unentbehrlichsten Mittel, bei Chloroform, selbst bei Digitalis, Quecksilber usw., Todesfälle vorkommen. Sogar bei Anwendung von Verstopfungsmitteln, bei Purgen und selbst bei Kochsalz, haben sich Todesfälle ereignet. Es ist damit der Beweis erbracht, daß die Aerzte das Recht haben, Salvarsanbehandlung vorzunehmen. Im Anfang glaubte man, mit Salvarsan allein die Heilung erzielen zu können; es gibt auch heute noch eine Reihe französischer Autoritäten und österreichische Militärärzte, die erklären, mit reinem Salvarsan auszukommen. Es hat sich aber herausgestellt, daß das beste Verfahren die kombinierte Salvarsan-Quecksilber-Methode ist. Der Redner erörtert die Einwirkung dieser Methode auf die Syphilis in ihren verschiedenen Stadien.

Den Vertretern der Ortskrankenkassen brauche ich die furchtbare Gefahr der Syphilis nicht erst darzulegen. In Frankreich sterben nach einer Statistik jährlich 25 000 Menschen an Syphilis, in Paris allein 3000. Doch sind diese Zahlen wohl zu niedrig gefaßt, weil nur ein geringer Teil der Syphilikstranken obduziert wird und diese Krankheit zumeist auch verheimlicht wird. Wir haben also alle Veranlassung, das alte Verfahren aufzugeben und uns dem neuen zuzuwenden. Der Referent legte der Versammlung folgende Leitsätze vor:

„Bei jedem syphilitisch erkrankten Menschen ist, je frühzeitiger, desto besser, eine kombinierte Salvarsan-Quecksilber-Behandlung einzuleiten. Das Salvarsan soll nach genauer Untersuchung des Patienten im Krankenhaus angewendet werden, wo der Patient mindestens die nächsten 24 Stunden verbleiben soll. Durch diese Kur wird die Ansteckungsgefahr anderen Menschen und speziell der Familie gegenüber nach dem heutigen Stande der Wissenschaft am besten entgegengewirkt. Da durch die genannte Behandlung die Syphilis geheilt wird oder doch die Rückfälle außerordentlich eingeschränkt werden, so erwächst, neben den Vorteilen für die Patienten und für die Allgemeinheit, auch für die Krankenkassen ein sehr wesentlicher finanzieller Vorteil."

Lokales

Trauerfeier für Julius Rodenberg. Unter großer Beteiligung fand heute vormittag die Trauerfeier für den im 83. Lebensjahr verstorbenen Julius Rodenberg statt. Im Heim des Verstorbenen in der Margaretenstraße war der mit Blumen bedeckte Sarg inmitten von Kranzhügeln aufgebahrt. Den Kranz der Stadt Berlin überbrachte Bürgermeister Dr. Reicke, dem sich Stadtschulrat Michaelis angeschlossen hatte. Auch die Stadt Rodenberg hatte eine Abordnung mit Kranz an seine Bahre entsandt. Chorgesang leitete die Feier ein. Professor Dr. Lenz hielt die Gedächtnisrede. Auch der Vertreter der Stadt Berlin sprach namens des Magistrats ehrende Worte zum Andenken an den verdienstvollen Mitbürger der Reichshauptstadt. Dann wurde der Sarg zum Wagen getragen und durch die Stadt nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde übergeführt, wo die Beisetzung erfolgte.

Eine Dampferfahrt für 240 Berliner Schulkinder veranstaltete gestern die Niederlausitzer Brikettverkaufsgesellschaft. An den Ufern der Schmöckwitzer Forst vorbei ging die Fahrt nach Ziegenhals. Hier wurden die Kinder reichlich gespeist und durch Gesang und Spiel unterhalten. Die Ferienfahrt, die eine neue Nüance in das Feld der Wohltätigkeit bringt, war für die Kleinen ein schöner Festtag. Fünf weitere derartige Fahrten sind für diesen Sommer von der Gesellschaft noch in Aussicht genommen.

Eine anderthalbstündige Verkehrsstockung entstand gestern abend vor 8 Uhr Ecke Französische und Markgrafenstraße, wo zurzeit Gasrohre verlegt werden und die Große Berliner nur eingleisigen Betrieb durchführen kann. Die Stockung erstreckte sich westlich bis zur Friedrichstraße und östlich bis zur Schleusenbrücke, so daß unübersehbare Wagenreihen sich stauten und den Verkehr lahmlegten. Gegen ½10 Uhr löste sich der wirre Knäuel, und langsam kam ein geordneter Verkehr wieder in Gang.

Ein Opfer der Hitze. Die Hitze hat es anscheinend einem Herrn in Charlottenburg angetan. Der etwa 30 Jahre alte Herr spazierte splitternackend über den Bürgersteig. Er bog in die Kanalstraße ein und verschwand dort in einem Hause. Wenige Minuten darauf erschien er wieder auf der Straße und lenkte seine Schritte zur Gervinusstraße. Passanten sorgten schließlich dafür, daß der Mann mit Kleidungsstücken versehen wurde. Es stellte sich heraus, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hatte. Er wurde durch die Polizei einer Nervenheilanstalt zugeführt.

Neue Hochstapeleien des „Freiherrn v. Zeuen". Der durch seine Schwindeleien bekannte internationale Hochstapler Friedrich Zeuen, der sich den voller klingenden Namen Freiherr Fritz v. Zeuen zugelegt hatte, wird sich demnächst wieder vor Gericht wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten haben. Auf Antrag des Vormundes seiner zwei unehelichen Kinder hatte er im vorigen Jahre den Offenbarungseid leisten müssen. Dabei hat er ein angeblich bei der Bank in Boulogne sur Mer befindliches Depot verschwiegen. Dagegen hatte er in dem Vermögensverzeichnis erklärt, daß er in einiger Zeit aus der Hinterlassenschaft seines Onkels Charles Weight in London 85 000 Mark erhalte. Außerdem werde ihm demnächst die Generalvertretung der südamerikanischen Plantagengesellschaft übertragen und von dieser Gesellschaft ein Wechsel über 9000 Mark ausgestellt werden. Diese und noch andere Angaben erwiesen sich als falsch. Außerdem liefen von zahlreichen Personen Anzeigen ein, daß sie von Zeuen betrogen worden seien. Er wurde infolgedessen wieder verhaftet und wird demnächst wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung unter Anklage stehen.

Ein umfangreicher Diebstahl in Stockholm, bei dem die Diebe 50 000 Kronen in bar und eine große Anzahl von Wertpapieren aus einem Kassenschrank des Zentralpostamtes erbeuteten, beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei, da man annimmt, daß die Diebe mit ihrer Beute ins Ausland, wahrscheinlich nach Deutschland geflüchtet sind und hier vielleicht auch die Wertpapiere zu veräußern suchen werden. Das Bargeld besteht aus 22 Tausendkronennoten, 114 Einhundertkronennoten, 118 Fünfzigkronennoten und 705 Zehnkronennoten. An Wertpapieren erbeuteten sie eine Anzahl Obligationscoupons der Anleihe der Trafikaktiebolag Grängesberg von 1903, die Anleihe der Bistravarfs Aktiebolag, der Anleihe der Rafunda First Aktiebolag, der Anleihe der Polinder Mekanifka Verkstadsaktiebolag, der Anleihe der Nordiska Metallaktiebolaget, der Stockholm Enskildas Commanditlotter Koup, Quittungen der Sparbank in Norrtelje und eine Anzahl Postwechsel und Schecks.

Der Spionageprozeß Pohl.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur begann heute der Spionageprozeß gegen den Feldwebel Pohl. Kurz nach 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Verhandlung. Der Angeklagte wird durch zwei Feldwebel aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Im Auftrage des Generalstabs sind drei höhere Offiziere zugegen, um den Verhandlungen beizuwohnen. Von der politischen Polizei des hiesigen Polizeipräsidiums ist Polizeirat Koch erschienen. Außerdem ist noch der frühere Kompagniechef des Angeklagten, Hauptmann Freye, als Zeuge geladen. Als Sachverständige sind erschienen Major Freiherr v. Falk vom Kriegsministerium und Korvettenkapitän Tietze vom Reichsmarineamt.

Es folgt sodann die Vernehmung des Angeklagten. Verhandlungsleiter: Angeklagter Pohl, Sie sind am 1. April 1888 geboren; Ihr Vater ist Rechnungsrat. — Angeklagter: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Vor Ihrer Einstellung ins Heer waren Sie von Beruf Bauleve. Am 12. Oktober 1905 sind Sie ins Heer eingetreten und am 1. Mai 1913 zum etatsmäßigen Feldwebel ernannt worden. — Angekl.: Jawohl. — Verhandlungsleiter: 1914 kamen Sie als Hilfsschreiber in die 1. Ingenieurinspektion, und Sie haben niemals etwas mit dem Kriegsministerium zu tun gehabt. — Angekl.: Nein, mit dem Kriegsministerium bin ich nie in Berührung gekommen.

Verhandlungsleiter: Ist irgend ein Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit zu stellen? — Vertreter der Anklage: Ich beantrage im Interesse der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Ich werde in nichtöffentlicher Sitzung meinen Antrag begründen. Nach kurzer Beratung verkündet der Verhandlungsleiter folgenden Gerichtsbeschluß: Das Gericht hat beschlossen, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen, und zwar wegen Gefährdung der Staatssicherheit.

Schwerer Automobilunfall. Ein Geschäftsautomobil fuhr heute gegen eine Bank in der Schöneberger Hauptstraße. Vier Personen, die auf der Bank saßen, wurden zum Teil sehr schwer verletzt. Die 17jährige Else Wunderlich aus der Feurigstraße 18 mußte ins katholische Krankenhaus in der Mühlenstraße, zwei Männer nach dem Schöneberger städtischen Krankenhause übergeführt werden. Der Arbeiter Gustav Lemke wurde in seine Wohnung gebracht.

Ein Dachstuhlbrand kam heute vormittag Pflugstraße 17 im Vorderhause aus. Die Feuerwehr hatte dadurch einen besonders schweren Stand, als die Sonnenhitze den Rauch niederdrückte und die nächste Umgebung total verqualmte. Mit Rauchschutzapparaten versehene Mannschaften drangen über eine mechanische Leiter und über die Treppen vor und löschten das Feuer mit zwei Schlauchleitungen ab. Ein erheblicher Teil des Dachstuhls wurde vernichtet.

Ein Kindesmord? In der Nähe der Pumpstation des Kanalisationswerkes an der Gutenbergstraße zu Köpenick fand man gestern am Gitter der Kanalisationsgrube Leichenteile, die von einem Kinde herrührten. Arme und Beine waren vom Rumpf getrennt. Der Kopf und die rechte Hand fehlten. Die polizeilichen Nachforschungen sind noch im Gange.

Selbstmordversuch am Grabe der Tochter. Der 39jährige Produktenhändler Jschintsch aus Weißensee versuchte gestern am Grabe seiner Tochter seinem Leben, ein Ende zu machen. Seine Tochter war vor einigen Monaten freiwillig aus dem Leben geschieden, indem sie sich aus der elterlichen Wohnung auf die Straße stürzte. Aus Gram wurde der Vater schwermütig. Gestern suchte er das Grab seiner Tochter auf um wollte sich durch einen Revolverschuß töten. Die Kugel ging aber fehl und zerschmetterte ihm die linke Hand.

Das Krankenhaus der jüdischen Gemeinde hat nunmehr seinen Umzug in den in der Exerzierstraße Nr. 11 a errichteten Neubau bewirkt.

Der Wert der Kinderaussage.

(Telegraphischer Bericht.)

Trier, 13. Juli.

Einen wie geringen Wert für die Ermittlung der Wahrheit die Kinderaussagen besitzen, bewies von neuem eine Verhandlung, die sich vor der hiesigen Strafkammer abspielte und sich gegen einen 23jährigen Handwerker richtete. Dem Angeklagten waren seit etwa einem halben Jahre zwei Mädchen im Alter von 11 und 13 Jahren, die von ihren Eltern verlassen waren, von der

Friedrich Gernsheim.

Zu seinem 70. Geburtstag.

Professor Dr. Friedrich Gernsheim, der hervorragende Berliner Tondichter, begeht am Freitag seinen 70. Geburtstag. Gernsheim, der seit 1890 im Berliner Musikleben eine führende Stelle einnimmt, zählt zu den liebenswürdigsten Nachfahren der deutschen Romantik. Ein Formkünstler von edlem Maß in der Gestaltung, hat er mit seinen Symphonien und seinen anderen Instrumentalwerken Arbeiten geschaffen, die auf der Linie von Mendelssohn und Brahms zu den liebenswürdigsten Schöpfungen der rückblickenden Musik vom Ende des 19. Jahrhunderts zählen.

Wormser von Geburt, erhielt er in Frankfurt den ersten Unterricht, bei Rosenhain am Klavier, bei Hauff in der Theorie und wurde in jungen Jahren ein Virtuose am Klavier. Das Leipziger Konservatorium Moscheles, Hauptmann und Rietz vollendeten seine Ausbildung. Ein leichter Erfinder, begann er aber auch schon damals zu schreiben. Pariser Jahre, dann eine Tätigkeit als Musikdirektor in Saarbrücken folgten. Zehn Jahre, bis 1874, lehrte er am Kölner Konservatorium. Dann berief ihn die Gesellschaft zur Förderung der Tonkunst als Direktor nach Rotterdam. 17 Jahre lang wirkte er in Holland als der anerkannte musikalische Führer, lehrte, dirigierte Konzerte und die Oper.

1890 gewann ihn Berlin, als Rudorff von der Leitung des Sternschen Gesangvereins zurücktrat. Die großen Konzerte und Oratorien des Vereins hat er dirigiert und zeitweise auch das Sternsche Konservatorium geleitet. Die Akademie der Künste gewann ihn als Lehrer, und er steht noch heute der einen akademischen Meisterschule für musikalische Komposition vor. Als Mitglied des Senats hat er leitend an den Akademiegeschäften teilgenommen. Von seinen Symphonien stehen die in G-moll und B-dur obenan. Die große Reihe seiner Kammermusik- und Chorwerke, darunter die Liederreihe Hafis, das Wiegenlied der Nornen, seine Ouverture Waldmeisters Brautfahrt, seine Tondichtung „zu einem Drama", alles verrät die feine und geistvolle Künstlerfeder.

Für die Große Berliner Kunstausstellung im nächsten Jahre ist wieder Professor Karl Langhammer zum Vorsitzenden der Ausstellungskommission gewählt worden. Zweiter Vorsitzender der Kommission ist der Maler Fritz Burger, der erste Schriftführer der Bildhauer Oskar Garvens, zweiter Schriftführer der Maler Willy ter Hel, Säckelmeister ist Architekt Rentsch, sein Stellvertreter der Bildhauer Professor Artur Lewin-Funcke. Auffälligerweise bilden im nächsten Jahre nur Mitglieder des Vereins Berliner Künstler, die dieser in die Kommission wählte, die Ausstellungsleiter, während sie sonst zur Hälfte aus Vereinsmitgliedern und Mitgliedern der anderen veranstaltenden Körperschaften, der Akademie der Künste, besteht. Auch für das nächste Jahr beabsichtigt die Landhausiedlung Schartmützelsee, einen Preis von 1000 Mark für Landschaftsbilder oder Badebilder aus der Umgebung auszusetzen.

Die Preisaufgaben der Berliner Technischen Hochschule. Ueber die Bearbeitung der Preisaufgaben, welche die Technische Hochschule zu Berlin-Charlottenburg für das laufende Jahr gestellt hatte, haben die Abteilungskollegien jetzt ihr Urteil gefällt. Von den 7 Bearbeitern des von der Architekturabteilung geforderten Entwurfs zu einer Volkslesehalle mit Vortrags- und Ausstellungssälen erhielten je einen zweiten Preis die Studierenden Hans Scharoun aus Bremen und Dietrich Vogt aus Breslau, sowie der Regierungsbauführer Max Gasior-Berlin, ein ehemaliger Studierender der Abteilung. Werner Jmmich aus Stettin erhielt den zweiten Preis für die von der Schiffbauabteilung gewünschte „Untersuchung des Verhaltens der für höchste Leistung berechneten Dampfturbinen für Kriegsschiffe bei den verschiedenen Arten der Marschfahrt". Die Abteilung für Chemie erkannte ihrem Studierenden Diplomingenieur Hans Truttwin aus Zawiercie den ersten Preis für seine Arbeit über „die zurzeit bekannten Küpenfarbstoffe, einschließlich der Schwefelfarbstoffe" zu.

Der Tunnel unter dem Aermelkanal. Im englischen Unterhaus fand dieser Tage eine Versammlung von Parlamentariern der drei Kanalländer England, Frankreich und Belgien statt, die den gegenwärtigen Stand der Tunnelfrage Calais—Dover besprach und zur Gründung eines internationalen Parlamentarierkomitees zur Förderung dieses Projektes führte. Der englische Präsident Sir Herbert Raphael führte aus, daß die Idee des Kanaltunnels sowohl in technischen Kreisen wie beim englischen Publikum immer mehr Boden gewinne. Die Furcht vor der „Invasion" könne heute ernstlich niemand in England mehr schrecken. So gäbe es ein technisch einwandfreies Projekt, das es erlaube, im Notfall im Augenblick den ganzen Tunnel oder Strecken desselben unter Wasser zu setzen. Auch könnten das Western Height Fort und Dover Castle den Tunnel in seiner ganzen Ausdehnung mit ihrer Artillerie bestreichen, so daß „nicht einmal eine Ratte hindurch könne". Zudem würde die elektrische Kraftstation, die zur Luftzufuhr und für die Pumparbeiten nötig sei, so gelegt werden (10—15 Meilen von der Küste jedenfalls), daß ihre Einnahme eine weitere unmögliche Aufgabe für ein feindliches Invasionsheer wäre.

Die Konferenz war stark besucht von Präsidenten und Mitgliedern englischer Handelskammern, die sich sämtlich für die großen Vorzüge des Projekts für den Handel aussprachen.

Ein Denkmal für Kapitän Scott. Die Sammlungen in England und seinen Kolonien für ein Londoner Denkmal des verunglückten Südpolforschers Kapitän Scott haben jetzt einen so hohen Betrag erreicht, daß der Bau des Denkmals sofort begonnen werden kann. Das Komitee hat einen Entwurf angekauft, der auf einem Granitsockel in Bronze symbolische Figuren der Tapferkeit, Unsterblichkeit und Wissenschaft zeigt. Das Denkmal trägt als Inschrift die berühmt gewordenen letzten Worte aus Scotts Tagebuch: „Wenn wir heimgekehrt wären, hätten wir England eine Geschichte von unerhörten Leiden, von übermenschlicher Ausdauer und dem Heldenmut meiner Gefährten erzählen können, bei der das Herz jedes Engländers erbebt wäre."

Kommunalverwaltung zur Pflege übergeben worden. Die beiden Mädchen, besonders das ältere, zeigten sich als schwer zu erziehende Kinder, so daß die Frau des Angeklagten das 13jährige Mädchen einmal als frech und verlogen bezeichnen mußte. Nunmehr sann die also Geschollene auf Rache und wandte sich schließlich an die Armenverwaltung mit der Bitte, sie in einer anderen Familie unterzubringen, da sie von dem Angeklagten in unsittlicher Weise verfolgt werde. Obwohl der alte Mann diese Anschuldigung mit Entrüstung zurückwies, blieben die beiden als Zeuginnen vernommenen Mädchen auch vor Gericht bei ihrer Behauptung und detaillierten die angeblichen Unsittlichkeiten ganz genau. Nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts, der eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten beantragte, nahm der Vorsitzende die jüngere Schwester noch einmal in ein eindringliches Kreuzverhör, und, in die Enge getrieben, gestand sie jetzt ein, daß ihre Schwester die ganze Sache erdacht habe, um sich zu rächen. Es erfolgte nun natürlich nach ganz kurzer Beratung des Gerichts die Freisprechung des Angeklagten.

Ausschluß von Homerule oder Krieg!

(Privat-Telegramm.)

London, 13. Juli.

Heute hat Ulster einen großen Tag gehabt, der bis jetzt ruhig verlaufen ist. Der heutige Jahrestag der Schlacht am Boyne, 1770, in der Wilhelm von Oranien als Haupt der Evangelischen Jakob II., das Haupt der Katholiken, besiegte, war von Carson als symbolisches Datum ausgewählt und zu einer großen Demonstration bestimmt worden. Mehr als 50 000 freiwillige Ulster-Soldaten zogen in Parade vor Carson und den anderen Führern der Bewegung vorüber unter begeisterter Teilnahme von ganz Belfast. Carson stellte in einer Rede seine alte Forderung an die Regierung: Ausschluß von Homerule oder Krieg!

Straßenunruhen in Oporto.

(Telegraphischer Bericht.)

Lissabon, 14. Juli.

In Oporto kam es bei der Ankunft und Abreise des Führers der Partei der Evolutionisten, Almeida, der sich auf einer Wahlagitationsreise befindet, zu blutigen Zusammenstößen, wobei mehrere Personen durch Messerstiche und Schüsse verletzt wurden. Die Menge drang in das Gebäude der katholischen Zeitung „Liberdad" ein, so daß die Polizei mehrere Verhaftungen vornahm. Die Regierung hielt eine außerordentliche Beratung ab, um die Ordnung in Lissabon aufrechtzuerhalten. Dank den getroffenen Maßnahmen vollzog sich auch die Rückkehr Almeidas ohne Zwischenfall.

Huerta reist ab.

(Telegraphischer Bericht.)

Mexiko, 14. Juli.

Nach hier umlaufenden Gerüchten nimmt man an, daß Huerta heute nach Veracruz abreisen wird, um sich dort an Bord des Dampfers „Espagne" einzuschiffen. Es befinden sich bereits mehrere Beamte Huertas an Bord der „Espagne". — Der Kreuzer „Leipzig", der vor Mazatlan lag, ist am 9. Juli von dort nach Guaymas abgegangen und bereits an seinem Bestimmungsort eingetroffen.

Das Urteil im japanischen Marinebestechungsprozeß. Einem Telegramm aus Tokio zufolge wurden die Angeklagten in dem Marinebestechungsprozeß zu folgenden Strafen verurteilt: der frühere Vertreter des Reuterschen Bureaus Pooley zwei Jahre Gefängnis und eine unerhebliche Geldstrafe, Herrmann ein Jahr, Blundell zehn Monate und Kaga vier Monate Gefängnis. Die Strafvollstreckung wurde für sämtliche Verurteilte, außer für Pooley, um drei Jahre hinausgeschoben.

Das Ostender Automobilrennen sah, einem Privat-Telegramm zufolge, im Generalklassement der Tourenwagen als Sieger Baron de Caters auf Mercedes, im Generalklassement der Rennwagen siegte Hornstaedt auf Benz. Zweiter wurde Christians auf Excelsior, dritter Joerns auf Opel.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow empfing gestern nachmittag den aus St. Petersburg hier eingetroffenen albanischen Ministerpräsidenten Turkhan Pascha.

Der Gemeinderat von Zahern hat mit 17 von 23 abgegebenen Stimmen den bisherigen Bürgermeister Knöpfler der Regierung zur Ernennung vorgeschlagen.

Im englischen Unterhaus teilte Premierminister Asquith mit, daß die Vertagung des Hauses im August stattfinden werde. Die neue Session werde früh im Winter beginnen, damit die verschiedenen Maßnahmen beraten werden könnten, die in Lloyd Georges Budgetrede skizziert worden seien.

Das „unverteidigte" Frankreich.

Das Vorspiel zu Poincarés Rußlandreise.

(Telegraphische Berichte.)

Paris, 14. Juli.

Die Enthüllungen des Senators Humbert über den Zustand des französischen Kriegsmaterials und die daran geknüpfte Debatte haben im Parlament und in der Presse das größte Aufsehen hervorgerufen. Es heißt, daß das Ministerium heute vormittag nach der Truppenschau von Longchamps eine Beratung abhalten werde, in der die Erklärungen festgestellt werden sollen, die der Kriegsminister und der Ministerpräsident nachmittags im Senat abgeben werden. In Regierungskreisen gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Darlegungen der beiden Minister den Senat bestimmen werden, die geforderten Kredite zu bewilligen, wenn auch mit dem Vorbehalt, daß die ganze Angelegenheit beim Wiederzusammentritt des Parlaments im Herbst eingehend erörtert werde.

Der Zustand des Kriegsmaterials dürfte heute auch in der Kammer zur Sprache kommen, da der bonapartistische Deputierte Lasies beabsichtigt, an den Kriegsminister eine Anfrage über die gestrige Senatsdebatte zu richten.

Jaurès schreibt in der „Humanité": Wußte denn der Senat nicht, daß die Militärverwaltung schablonenhaft und ohne jede Voraussicht arbeitet? Hat der Skandal des Dreijahrsgesetzes, das nur die von den Bureaus des Kriegsministeriums begangenen Fehler verdecken soll, nicht genügt, um dem Senat die Augen zu öffnen? Die Enthüllungen Humberts haben auf die Senatoren wie die Explosion einer Bombe gewirkt. In der Kammer sind zwar viel schlimmere Tatsachen enthüllt worden, aber man wollte nichts hören und nichts begreifen. Diesmal jedoch scheint der Senat aufgerüttelt worden zu sein. Ein Defizit von einer Milliarde, das amtlich in der Kammer eingestanden wird, die Zerrüttung unseres ganzen Verteidigungssystems, die im Senat verkündigt wird, ohne daß die Minister das Land sofort beruhigen können — dahin ist es mit uns gekommen, soweit hat die seit einigen Jahren betätigte rückschrittliche militärische und koloniale Politik Frankreich gebracht.

Der „Radical" schreibt: Zwei Stunden lang haben die Senatoren mit Bestürzung die furchtbarste Anklagerede gehört, die jemals gegen den Großen Generalstab gehalten wurde. Denn niemand kann heute mehr leugnen, daß nur der Generalstab an den Fehlern und unglaublichen Nachlässigkeiten die Schuld trägt, die Senator Humbert enthüllt hat. Der „Eclair" bemerkt zu den gestrigen Senatsdebatten: Die Enthüllungen des Senators Humbert, die durch das Einschreiten Clémenceaus verschärft wurden, tragen zur Verschlimmerung der gegenwärtigen Verworrenheit wesentlich bei. Inmitten dieser Unordnung tritt der Präsident der Republik morgen seine Reise nach Rußland an. Sein Ministerpräsident, der ihn begleiten soll, wird durch Parlamentsdebatten festgehalten, die in einen Streit über den wahren Wert der französischen Armee und ihr Rüstzeug ausarten. Welch bedauerliches Mißgeschick und welches Vorspiel zu dem diplomatischen Akt, der sich in diesen Tagen in Rußland vollziehen soll!

*

Paris, 14. Juli.

Nach einer offiziösen Meldung wurde den Linienschiffen des zweiten Geschwaders: „Vérité", „Patrie", „Justice" und „Democratie" der Befehl erteilt, nach Beendigung der Generalinspektion Toulon zu verlassen und bis zum Monat Oktober im Atlantischen Ozean und im Aermelkanal eine Kreuzfahrt zu unternehmen.

Kleine Chronik

Der Hamburger Mädchenmörder verhaftet. Der Mörder der 11jährigen Martha Wecker, die, wie wir mitteilten, vorgestern abend in einem Kornfeld bei Poppenbüttel ermordet aufgefunden wurde, ist einem Telegramm aus Hamburg zufolge in der Person des Seemanns Heinrich Delfs ermittelt und verhaftet worden. Delfs hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

„Der Landesvater dem tätigen Bürger." Der „München-Augsburger Abendzeitung" erzählt ein Leser das folgende hübsche Erlebnis:

„Auf einem Spaziergang mit meinem Freunde komme ich in das Dorf Simnig bei Neuburg a. D. Eben läutet es zur Taufe. Die Taufleute kommen an uns vorüber. Mein Freund, der den „Gevatter-mann" gut kennt, läßt sich den „Jüngsten" zeigen. Ich trete zur Besichtigung hinzu. Das verhüllende Tauftuch geht in die Höhe. Ein Kindskopf wird sichtbar und um ihn herum stehen in großen Lettern die Worte: „Der Landesvater dem tätigen Bürger."

Der Herr Papa hatte das Tuch von der Fahne, die er bei der letzten Fahnenprämiierung in Neuburg gewann, als Tauftuch verwendet.

Das Urteil im Landesverratsprozeß Pohl

15 Jahre Zuchthaus

wurde in der vierten Nachmittagsstunde gefällt. Es lautet:

„Das Gericht hat erkannt: der Angeklagte wird wegen Verbrechens gegen die §§ 1 und 3 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 betreffend den Verrat militärischer Geheimnisse und wegen Bestechung unter Ausstoßung aus dem Heere zu **15 Jahren Zuchthaus** verurteilt. Der Angeklagte wird unter Polizeiaufsicht gestellt. Das Gericht hat beschlossen, die Urteilsgründe nicht öffentlich zu verkünden.

Das Attentat gegen Rasputin.

Von der „Konkurrenz" angestiftet?

(Privat-Telegramm.)

Petersburg, 14. Juli.

Obgleich hier das Gerücht kursiert, das Rasputin bereits gestorben sei, bedarf diese Nachricht noch der Bestätigung, zumal eine Verehrerin Rasputins von seiner Tochter aus Sibirien eine Depesche erhalten hat, daß der Zustand ihres Vaters befriedigend sei und daß die Aerzte ihn nach Tjumen zu überführen gedenken.

Die Täterin, die Rasputin einen Dolchstich in den Unterleib versetzte, stammt aus Zarizyn. Sie soll früher eine junge Anhängerin des bekannten, aus der russischen Kirche verstoßenen Mönchs Iliodor gewesen sein. Iliodor wurde seinerzeit durch Rasputin gestürzt, nachdem dieser mit dem Bischof Theophan, den früheren Günstling des Zaren, Rasputin auf ein Heiligenbild hatte schwören lassen, daß er den Hof in Zukunft meiden wolle. Deshalb kursiert die Version, daß die Täterin von Iliodor abgesandt worden sei, um Rasputin zu töten. Dieser Annahme widerspricht freilich die Tatsache, daß Rasputin mit der Täterin zusammen Petersburg vor acht Tagen verlassen hat und sich an ihr unterwegs vergangen haben soll.

Der Massenmörder Pianetta.

Ein Racheakt?

(Telegraphischer Bericht.)

Bergamo, 14. Juli.

Wie sich jetzt herausstellt, hat der Massenmörder Pianetta seine Mordtaten nicht in Camerata Cornello, wo er wohnhaft ist, sondern in dem benachbarten San Giovanni di Bianco verübt. Er tötete zuerst den Doktor Morali und dann den Pfarrer Paleni, der seine kranke Mutter pflegte, die infolge der Tragödie im Sterben liegt. Sodann tötete Pianetta den Gemeindesekretär Giudici und dessen Tochter Valeria in ihrem Hause und unterwegs einen Gemeindebeamten, einen Schuhmacher und dessen Bruder. Es scheint, daß er aus Rachsucht gehandelt hat.

Todessturz zweier Flieger.

(Telegraphische Berichte.)

Otschakow, 14. Juli.

Auf dem hiesigen Militärflugplatz sind heute der Stabskapitän Jessipow und sein Mechaniker abgestürzt. Beide waren sofort tot.

Paris, 14. Juli.

Wie aus Reims gerüchtweise gemeldet wird, ist die Fliegerin Baronin de la Roche infolge eines Absturzes schwer verwundet worden. Sie hat bereits vor einigen Jahren durch einen Absturz ihres Flugzeuges lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Paris, 14. Juli. Den Blättern zufolge ist heute nacht im Pariser Vorort Asnières ein **Russe festgenommen** worden, der im Verdacht steht, ein Helfershelfer des in Stains verhafteten Banditen Maharachwili zu sein.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 14. Juli 1914.

Juli	Luftdruck in 55 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke	Bewölkung 0—10	Luftfeuchtigkeit in %
13. 9 Uhr abends	758.2	25.5	still	1	58
14. 7 Uhr morm.	758.5	24.3	O 1	4	55
14. 2 Uhr nachm.	757.9	30.7	O 1	5	35

13. Juli. Höchste Temperatur 30,5° C. Niedrigste Temperatur 17,8° C. Tagesmittel 25,4° C. Normales Tagesmittel 18,9° C.

Wetter in Deutschland. Beim Vorübergange verschiedener barometrischer Teildepressionen haben in Deutschland am gestrigen Tage wiederum, besonders im Binnenlande, zahlreiche Gewitter stattgefunden, die aber nur an wenigen Orten von ergiebigeren Regenfällen und an einzelnen von Hagelschauern begleitet waren. Heute früh ist das Wetter im Westen vielfach neblig, während sich sonst der Himmel größtenteils von neuem aufgeklärt hat. In Westdeutschland ist geringe Abkühlung eingetreten, östlich der Elbe hingegen, wo gestern in den meisten Gegenden 30 Grad Celsius erreicht oder sogar überschritten wurden, sind die Temperaturen auch morgens noch ein wenig höher als vor 24 Stunden; Memel hat bereits 27, Bromberg 25 Grad Celsius.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Ostseegebiet großenteils trocken, im Westen nach neuer Temperaturzunahme wieder weiterverbreitete, in Mitteldeutschland mehr vereinzelte Gewitter.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Vielfach heiter, sehr warm und schwül bei mäßigen südöstlichen Winden; später wieder langsam zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Stationen	Barometer auf Meeresniveau mm	Windrichtung und Stärke	Temperatur (C.°)	Wetter	Stationen	Barometer auf Meeresniveau mm	Windrichtung und Stärke	Temperatur (C.°)	Wetter
Borkum	765	O leicht leicht	22	wolkig	Valencia	750	SSO leicht	14	wolkig
Keitum	765	NNO leicht	17	heiter	Scilly	761	SSW schw.	15	h. bed.
Hamburg	765	NW leicht	18	wolkig.	Aberdeen	762	SSO leicht	14	Nebel
Swinemünd.	764	SO leicht	23	wolkig.	Island	762	Windstille	11	bedeckt
Rügenwalde	764	SW leicht	20	wolkig.	Jordor	762	Windstille	10	Nebel
Neufahrwasf.	765	N Mäßig	24	wolkig.	Christiansind.	761	Windstille	12	Nebel
Memel	762	NO leicht	27	heiter	Kopenhagen	764	NW l. leicht	22	h. bed.
Aachen	765	NW Mäßig	18	wolkig	Stockholm	761	NO leicht	22	h. bed.
Hannover	765	O NW l. l.	11	Nebel	Haparanda	763	N leicht	20	wolkig
Berlin	764	SO leichtig	24	heiter	Petersburg	761	NW sehr leicht	22	bedeckt
Dresden	765	Windstille	26	wolkig.	Moskau	762	S sehr leicht	21	wolkig.
Breslau	765	NW l. leicht	21	wolkig.	Wilna	762	W sehr leicht	21	wolkig.
Bromberg	763	N sehr leicht	25	wolkig.	Hemberg	761	SO l. leicht	21	bedeckt
Metz	765	N leicht	16	Nebel	Wien	763	NNW schw.	22	wolkig.
Frankf. a. M.	765	N leichtleicht	18	Nebel	Krisch	768	NNO schwach	25	wolkig
Karlsruhe	765	WSW l. l.	21	heiter	Wittsungen	765	SSW leicht	19	wolkig
München	765	O leicht	20	h. bed.	Scherbourg	—	—	—	—
Zugspitze	537	Windstille	4	heiter	Paris	765	NNO leicht	19	wolkig.
Zürich	765	O leichtleicht	16	wolkig.	Biga	764	Windstille	22	heiter
Genf	765	NNO l. leicht	12	wolkig.	Rom	—	—	—	—
Lugano	764	N sehr leicht	18	wolkig.	Brindisi	—	—	—	—

Sonnenaufgang 4 Uhr 2 Min. **Mondaufgang** 10 Uhr 58 Min. **nachm.**
Sonnenuntergang 8 Uhr 21 Min. **Monduntergang** 1 Uhr 7 Min. **nachm.**

Wasserwärme der Spree, gemessen in der Pochhammerschen Badeanstalt, Stralauer Brücke: 24 Grad.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Dr. jur. Alfred Fiedler in Berlin-Friedenau; für lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heydenheimer in Berlin. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Handelsteil

Berliner Effektenbörse.

Die Besorgnisse vor einer Zuspitzung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien bringen fortgesetzt Angebote an den Markt. Auch Wien nahm heute wieder neue Verkäufe vor. Trotzdem fand das Angebot eine bessere Aufnahme als in den letzten Tagen. Am Montanaktienmarkt und am Markte der Schiffahrtswerte waren Abschwächungen im Rahmen von 1 pCt. zu verzeichnen.

E. F. Ohle's Erben A.-G. zu Breslau. Dem jetzt vorliegenden Revisionsbericht ist zu entnehmen: Nach dem Privatbuch des Direktors, das nur einem Prokuristen zugänglich war, setzen sich die Verluste zus mmen aus: Termingeschäften 1 366 669 M., festen Engagements 169 829 M., Rohzinn-Verkäufen 106 108 M., insgesamt 1 642 548 M. Die bis 11. Juni 1914 aus prolongierten und abgewickelten Engagements bereits bezahlten Differenzen der Gesellschaft belaufen sich auf 716 725 M. Als Einschuss gegen laufende Engagements und für Differenzen sind weiter bezahlt worden 1500 Lstrl. und 3000 M. Die bezahlten Differenzen wurden nicht zu Lasten des Betriebes verbucht, sondern den laufenden Lieferantenkonten belastet. Ausser den festen Engagements besteht ein Vertrag, nach dem die Gesellschaft noch 120 Tonnen zum Tageskurse abzunehmen hat, und zwar je 30 Tonnen in den Monaten Juni bis September dieses Jahres. Die dritte Verlustquelle im Betrage von 106 108 M. betrifft Rohzinnverkäufe. Sie umfassen ein Gesamtquantum von 424 Tonnen, worauf der Verlust von 106 108 M. entstanden ist. Nach einer Ausführung einzelner Buchungsfälle kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die dem Aufsichtsrat vorgelegten Zweimonats-Abschlüsse in verschiedener nicht richtig sind und zwar: Weil in diesen die in den betreffenden Monaten bezahlten Termindifferenzen als Verlustposten nicht enthalten sind; weil ferner als Zinn-Engagements die Termingeschäfte nicht aufgegeben wurden (ebenso erscheinen diese nicht in den Wochenberichten über das Zinn-Obligo) und schliesslich weil die Gewinne bezw. die Bestände auf dem Zinfollen- bezw. Kompositionsfollens-Konto nicht stimmen. Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft hat festgestellt, dass bei der Gesellschaft in den letzten drei Geschäftsjahren folgende Spekulationsgewinne durch Termingeschäfte bestanden haben: 1912/13 101 596 M., 1911/12 47 922 M., 1910 11 37 394 M. Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft gelangt nach Abschreibungen auf Anlagen im Betrage von zirka 100 000 M. zu einem Ueberschuss von 102 488 M., welcher Betrag unpeilbar als Gewinnvergebnis von dem am Anfang des Berichts aufgeführten Verlust aus Zinngegagements und Rohzinnverkäufen abzusetzen ist, so dass ein Gesamtverlust von ca. 1 540 060 M. wahrscheinlich ist. Dieser Verlust dürfte sich noch um Differenzen im Betrage von ca. 44 000 M. erhöhen, die bei der am 27. und 28 Juni 1914 vorgenommenen Inventuraufnahme festgestellt worden sind.

Produktenbörse: schwach.

Unter dem Drucke des warmen Wetters verlief der Markt in matter Tendenz bei weichenden Preisen.

Am Frühmarkt wurden notiert: Roggen Juli 170,25—169 75, September 162,75—162,25. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pommerscher, preussischer, posenscher und schlesischer feiner 181,00 bis 191,00, mittel 175,00—180,00 ab Bahn und frei Wagen. Mais, runder 147,00—150,00, weiss. Natal 160,00—164 00 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 156—164, gute 165 bis 174,00, russische und Donau leichte 143—146, schwere 147—150 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländ. und ausländische Futterware mittel 178—188, feine u. Taubenerbsen 189—210 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,50—27,50. Roggenmehl 0 und 1 21 20—23.50. Weizenkleie 11,00—11,50. Roggenkleie 11,10 bis 11,60 Mark.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 200,00—203,00 ab Bahn, Juli 202,25—203,50, September 193,75—193,00, Oktober 193,75—193,25—193.00. Dezember 194,00—193,75—194,25—194,00. Roggen Juli 169,50—169,75—169,50, September 162—162,50—161,75 bis Sept. 162,00, Oktober 163,00—162,50, Dezember 163,25—163,50—162,75. Hafer inländischer feiner 177,00—186,00, mittel 171,00—176,00 ab Bahn und Kahn, Juli 166,75—167,00, September 159,75—160,00. Mais runder 140 bis 148,00 ab Kahn. Weizenmehl 00 24,50—27,50. Roggenmehl 0 und 1 21,10—23,30, Mark.

Preise um 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Juli 203,50, Septb. 192,75, Oktb. 193.00. Dezember 193,75. Roggen Juli 169,50, Sept. 162,00, Oktober 162.50, Dezember 162.75. Hafer Juli 167.00, Sept. 160,00. Okt. 160,50. Dez. 160.75. Mais Juli 143,00, September 140,50. Mehl September 20,10 M., Oktober 20,10. Dezember 20,15. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Juli 18.75, feuchte Kartoffelstärke —.— Mark.

Magdeburg, 14. Juli. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack 9.15. Nachprod. 75 Grad ohne Sack —.—. Stimmung: Ruhig. Brotraffinade ohne Fass 19.37½. Kristallzucker I mit S. —. Gem. Raffin. mit Sack 19.12½. Gemahlene Melis I mit Sack 18.62½. Stimmung: Still. Rohzucker Transit i. Produkt frei Bord Hamburg per Juli 9.40 G., 9,45 Br., per August 9.52½ G., 9.55 Br., per Sept. 9,60 G., 9.62½ Br., per Oktbr.-Dezember 9,60 G., 9.62½ Br. per Januar-März 9.75 G., 9.77½ Br., per Mai 9,90 G., 9.92½ Br. Fest.

Bremen. 14. Juli. Baumwolle Amerikanische Middling loko 67,50. Tendenz: Ruhig.

Hamburg. 14. Juli. nachmittags 2 Uhr 14 Minuten. Kaffee Good Average Santos per September 47.25 Gd., per Dezember 48,25 Gd., per März 48.75 Gd., per Mai 49,25 Gd. Ruhig.

Metalle. London, 13. Juli. Standardkupfer. Ruhig. 61⅝ Pfd. Sterl., per 3 Monate 61½ Pfd. Sterl. — Kupfer. Best selected 65½—66½ Pfd. Sterl., do. Electrolyt. 63½—63¾ Pfd. Sterl. — Zinn ruhig, Straits 147 Pfd. Sterl., per 3 Monate 148½ Pfd. Sterl. — Blei ruhig, span. 19½ Pfd. Sterl., do. engl. 20 Pfd. Sterl. — Zink ruhig, gewöhnliche Marken 21¾ Pfd. Sterl., spezielle Marken 22—22½ Pfd. Sterl. Aluminium 82—84.

Konkurse.

Berlin: Nähmaschinenhändler Simon Lindemann †, zuletzt Rosenthaler Str. 11/12 wohnhaft. Verwalter Guillemot, Lessingstr. 3. Anmeldefrist bis zum 22. August 1914. — Kismet-Registratur-Gesellschaft m. b. H., Rosenthaler Str. 13. Verwalter Fischer, Bergmannstr. 109. Anmeldefrist bis zum 7. September 1914.

Berliner Börse, 14. Juli 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. | 4 Apr. | 7 Juli | 10 Okt. | 15.3. | 15.4. | 15.5. | 15.6. | 15.7. | 15.8. | 15.9. | 15.10. | 15.11. | 15.12. | 1/2 quartalsl. | 1.4.7.10. | 1/4 | 1.2.5.8.11. | 1/3 | 1.5.9. | 1/6 | 1.3.5.7.9.11. | 1/12 | 1.2. | 1/24 | 1.15. | 1/52 | 1.8. | 1/26 | 1.15. | 1/13 | 1.4